Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 540. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 540 mit Postbestellgeld.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 14.- ℳ, außerhalb desselben 16.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 8 Mk. Reklame-Zeile 40 ℳ. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 260. | Neuenbürg, Montag, den 6. November 1922. | 80. Jahrgang.

Interessantes aus dem Weinlieferungsprozeß des Dr. Hermes.

Berlin, 1. Nov. Nach der Mittagspause wurde zunächst der Zeuge Regierungsrat Ratte vernommen, der Dr. Hermes im Reichsernährungsministerium als persönlicher Mitarbeiter zugeteilt war. Im April 1920, so erklärte er, sei im Ministerium die Meldung eingelaufen, daß auf dem Anhalter Bahnhof eine Sendung des Ministers beraubt angekommen sei. Im Auftrage Dr. Hermes habe ich dann den Schaden an Ort und Stelle besehen und habe beim Winzerverband telegraphisch eine genaue Inhaltsaufstellung erbeten. Vorsitzender: Hatte Ihnen der Minister etwas Näheres über die Weinsendung selbst oder über den Preis gesagt? Zeuge: Nein. Am 22. Juni hatte er mich dann beauftragt, an den Winzerverband 600 Mark abzusenden. Im folgenden Jahre hat er mich dann, bei dem Winzerverband **anzufragen, ob er noch eine Sendung Wein, wie er sie im vorigen Jahre bekommen habe, erhalten könne.** Von den 600 Mark hat dann der Winzerverband den Preis der fehlenden Flaschen, also 30 Mark, zurückgezahlt.

Als letzter Zeuge wurde dann der Direktor des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer, Faust, vernommen. Vorsitzender: Wie kamen Sie zu den Lieferungen an den Minister? Zeuge: Mein Freund, der Abg. Legendre, brachte von der Nationalversammlung in Weimar Freunde mit, die dann von unserem Verband zum Selbstkostenpreis oder auch gratis Propagandalieferungen erhielten. U. a. lernte ich auch den Ministerialdirektor von Heukamp kennen, der von Legendre Wein bekommen hatte. Durch Heukamp erfuhr ich, daß im Reichswirtschaftsministerium zu Berlin ein Fonds zur Bekämpfung der Rebschädlinge bestand und ich fuhr deshalb nach Berlin, um für uns einen Teil der für diese Zwecke bereitgestellten Summe zu sichern. Dabei lernte ich auch den damaligen Ministerialdirektor Hermes kennen, der uns sehr entgegenkam, und uns 10000 Mark überließ. Irgend jemand hatte dann angeregt, Minister Hermes eine Sendung Wein zu übermitteln. Vorsitzender: Sie haben ja gar keinen Wein auf Lager. Wie haben Sie sich diesen nun beschafft? Zeuge: Ich berief eine Vorstandssitzung des Winzerverbandes in Trier ein und machte den Vorschlag, Dr. Hermes eine Kiste zu dedizieren. Dagegen erhob sich jedoch Widerspruch und man sagte mir, man müsse für diesen Wein wenigstens die Selbstkosten berechnen. Darauf schlug ich vor, daß der Winzerverband sich einen Vorrat für ähnliche Gelegenheiten anschaffe, und die einzelnen Vorstandsmitglieder sagten mir zu, Wein zu diesem Zwecke zu schicken. Vorsitzender: Sie haben dann den Trierer Winzerverein ersucht, eine Sendung Wein an Minister Hermes zu schicken, aber beim Winzerverband zu kassieren. Wieviel haben Sie denn nun an die Produzenten bezahlt? Zeuge: Garnichts! Einer von den Lieferanten schickte zwar eine Rechnung, aber die habe ich nicht bezahlt. (Heiterkeit.) Vorsitzender: Da Sie von Minister Hermes 600 Mark erhielten, hat also der Winzerverband letzten Endes noch ein Geschäft damit gemacht. Zeuge: Und gar kein schlechtes. (Erneute Heiterkeit.) Vorsitzender: Ich glaubte, Sie hätten den Wein billiger verkauft als eingekauft. Da das nicht der Fall ist, so ist die Haltung Ihrer Produzenten aller Ehren wert. Sie haben aber wohl Ihren Produzenten gesagt, daß die Weine für den Minister bestimmt waren. Zeuge: Das ist möglich. Vorsitzender: Regierungsrat Ratte hatte dann für den Minister noch eine zweite Weinsendung bestellt. Was dachten Sie sich so, als Sie den Brief lasen? Zeuge (schmunzelnd): Ich dachte, daß der erste alle sei. (Große Heiterkeit.) Vorsitzender: Hätten Sie dem Minister so billigen Wein geliefert? Zeuge: Das nun weniger. Für den Winzerverband war die Lieferung eine Propaganda, für mich war Minister Hermes ein Parteifreund, dessen Anschauungen ich teilte. Es war dann auch ein neues System, das man früher nicht kannte. Man war **froh, einen Mann von gleicher Farbe an leitender Stelle zu sehen,** und ich sagte mir, für den Mann mache ich, was ich kann. Vorsitzender: Sie haben dann an den Minister geschrieben und ihn gefragt, ob der Preis für die gelieferten Weine mit 3 Mark etwa zu hoch berechnet sei. Zeuge: Das sollte ein Scherz sein. Vorsitzender: Dann haben Sie dem Minister einen Tischwein, nämlich Merler Fettberg, angeboten. Der Preis sollte 5 Mark betragen. Wieviel kostet Sie dieser Wein denn selbst? Zeuge: Etwa 6,50 bis 7 Mark. Ich sagte mir, 7 Mark ist eigentlich ein bißchen teuer, ich will nur 5 Mark rechnen, damit die Kirche im Dorf bleibt. (Große Heiterkeit.) Vorsitzender: Auf diesem Wein lag dann noch die Steuer. Die hat doch der Herr Minister nicht bezahlt. Zeuge: Das ist irrtümlich vergessen worden. Vorsitzender: Sie haben Minister Hermes auch hier einen Vorteil verschaffen wollen; ob das aus Freundschaft geschah oder aus anderen Gründen. Was für Sie bestimmend war, wird ja das Gericht entscheiden. Haben Sie nun mit diesen Weinen auf gut Deutsch gesagt, „schmieren wollen"? Zeuge: Auf meinen Eid erkläre ich, daß ich nicht die Absicht hatte, irgend einen Beamten zu einem Unrecht zu verleiten oder zu einer Handlung zu bewegen, die an sich nicht berechtigt war, aber uns einen Vorteil bringen sollte. Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Waren Sie nicht stets bemüht, Herr Zeuge, dem Minister Hermes die Tatsache zu kaschieren, daß Sie der Wein mehr kostet als Sie berechneten? Zeuge: Ich hatte das Gefühl, daß ich mich blamierte, wenn ich den an sich geringeren Merler Fettberg teurer verkaufe als die viel edlere Sorte. Vorsitzender: Sie wußten doch wohl, Herr Zeuge, daß Minister Hermes wichtige Entscheidungen über den Weinbau zu treffen hatte. Zeuge: Sie denken offenbar an die Zuckerlieferungen, Herr Vorsitzender. Aber davon hat nicht unser Verband einen Vorteil, sondern die einzelnen Winzer. Vorsitzender: Ich kann mir aber vorstellen, daß in bösen Leuten die Ansicht entstehen kann, es sei nicht gut, wenn man einem Minister, mit dem man in engeren Dingen zu tun habe, solche Zuwendungen macht. Zeuge: Ich habe mit Minister Hermes über die Zuckerbelieferungen gar nicht verhandelt. Ich glaubte vielmehr, daß Ministerialdirektor Heukamp die Lieferung vermittelt hat. Reichsanwalt: Dr. Bönheim: Haben Sie, Herr Zeuge, nicht eine Broschüre verfaßt, welche die Losreißung der Rheinlande von Preußen propagiert? Es wäre wahrhaftig ein Satyrspiel, wenn man Ihnen an Ihren Verband, wie hier angedeutet wurde, aus politischen Gründen Zucker geliefert hat. Zeuge: Der Zucker hat doch nichts mit Politik zu tun. Im übrigen wünsche ich nicht die Losreißung der rheinischen Länder von Preußen. Meine Bewegung heißt: „Los von Berlin" und bezweckt die Aufteilung des Reiches in eine Anzahl starker Bundesstaaten. Hätten wir mehr Länder wie Bayern, so wäre man in Deutschland nicht so weit gekommen. Vorsitzender: Darüber haben wir hier nicht zu entscheiden. Rechtsanwalt Alsberg: Hatten Sie bei der Weinlieferung schon einen Antrag auf Zuckerbelieferung gestellt? Zeuge: Davon wußte ich überhaupt nichts. Vorsitzender: Herr Zeuge, Sie müssen Ihre Angaben eventuell mit dem Eid bekräftigen. Der Zuckerbelieferungsantrag ist doch von Ihnen selbst unterzeichnet worden. Rechtsanwalt Dr. Levi: Jedenfalls wußten Sie, daß an der Spitze des Ministeriums, das über Zuckerbelieferungen zu entscheiden hat, Ihr Parteifreund Hermes stand. Zeuge: Das allerdings. Rechtsanwalt Dr. Levi: Haben Sie Minister Hermes zu den einflußreichen Freunden Ihres Verbandes gezählt? Zeuge: Ueber diese Frage habe ich noch nicht nachgedacht. Rechtsanwalt Dr. Levi: Betrugen die Produktionskosten für den Sekt des Ministers auch nur 3 Mark? Zeuge: Davon konnte man schon Sekt machen. Rechtsanwalt Dr. Levi: Und die Sektsteuern? Zeuge: An die habe ich nicht mehr gedacht.

Bismarck und Bülow als Präzedenzfälle.

Die heutige Verhandlung brachte zu Beginn noch eine kurze Gegenüberstellung des Ministers Dr. Hermes und des gestern vernommenen Zeugen, Direktors Faust vom Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer. Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Ist es nicht ein alter Brauch an der Mosel, daß man seine Weine gerne auf den Tisch hervorragender Persönlichkeiten wußte, und wurde dieser Brauch nicht schon unter dem alten System geübt? Zeuge Faust: Selbstverständlich. Vorsitzender: Können Sie uns Fälle nennen, in denen Weine an Minister gesandt wurden unter ähnlichen Verhältnissen? Zeuge Faust: Bismarck. Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Auch Fürst Bülow. Ich habe hier einen Brief, in dem der Fürst einem Weinhändler an der Mosel für die freundliche Dedikation dankt. Rechtsanwalt Dr. Levi: Dann bitte ich, den Fürsten Bülow als Sachverständigen darüber zu hören, ob er als Minister diese Weine angenommen hätte.

Hierauf wird der Zeuge Faust vereidigt. Der Zeuge bittet, den Eid nach der neuen, unreligiösen Formel leisten zu dürfen, was auch geschieht.

Hierauf gab der Angeklagte Redakteur Hensel die Erklärung ab, daß er nicht behaupten wolle, der Minister Hermes habe bewußt den Wein als Gegenleistung für irgend eine Amtshandlung angenommen. Ein derartiger Vorwurf sei auch in dem Artikel nicht enthalten. Die Angriffe der Artikel auf die Beamten des Ministeriums nahm der Angeklagte mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Das Urteil.

Berlin, 4. Nov. Im Prozeß gegen die „Freiheit" wurde der Angeklagte Hensel zu 10000 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Minister Hermes wurde die Publikationsbefugnis im „Vorwärts", der „Germania" und der „Kölnischen Volkszeitung" auf Kosten des Angeklagten zugesprochen. Die in Betracht kommenden Platten der „Freiheit" werden eingezogen und unbrauchbar gemacht.

In der Begründung des Urteils wird hervorgehoben, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptungen der „Freiheit", daß der Nebenkläger sich des Amtsmißbrauches und der Bestechung schuldig gemacht habe, nicht erbracht worden sei. Außerdem hätten sich keine Momente ergeben, die die Entscheidungen des Ministers als unsachlich hätten erscheinen lassen. Auch sei der Nachweis nicht erbracht worden, daß der Winzerverband bei seiner Zusendung an den Minister sich von einer Bestechungsabsicht habe leiten lassen. Hinzu komme die Offenheit, mit der der Minister in der ganzen Angelegenheit gehandelt habe. Das Gericht habe verneint, daß die Aeußerungen des Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen erfolgt seien. Erschwerend falle die Hartnäckigkeit der Angriffe und die hohe Stellung des Nebenklägers ins Gewicht, strafmildernd die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten und der Umstand, daß die Hauptbeschuldigungen nicht aufrecht erhalten worden sind.

Deutschland.

München, 4. Nov. Die gestrigen Beratungen der Bayerischen Volkspartei über die Nachfolgerschaft des Grafen Lerchenfeld waren streng vertraulich. Die Partei einigte sich auf einen Kandidaten, den sie heute vor den anderen Koalitionsparteien vorschlagen will. Ein Name wurde nicht genannt, weil man sich erst vergewissern will, ob die Wahl auf keinerlei Schwierigkeiten stößt.

Berlin, 4. Nov. Die von der deutschen Regierung nach Berlin geladenen Finanzsachverständigen haben, der „B. Z. am Mittag" zufolge, heute und morgen volle Arbeitstage. Die Gutachten werden sie am Montag erstatten und Berlin eventuell am Montag abend verlassen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stehen noch immer die Pläne des amerikanischen Experten Professor Janks.

Berlin, 4. Nov. Der Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, den 9. November durch völlige Arbeitsruhe zu feiern, wird zu Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen über eine Aufrechterhaltung der Verkehrsbetriebe Anlaß geben. Es soll versucht werden, wenigstens wie im Vorjahr den üblichen Feiertagsverkehr durchzusetzen.

Verbilligtes Holz für Kleinhandwerker.

Stuttgart, 4. Nov. Die Entwicklung der Holzpreise gab dem Abgeordneten Andre (Zentrum) Veranlassung, unter dem 13. Oktober eine Kleine Anfrage an die Regierung zu richten, nach welcher die Entwicklung der Holzpreise erneut die Verabfolgung von verbilligtem Holz an das organisierte Handwerk rechtfertigte. Darauf gab das Finanzministerium folgende Antwort: In Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 21. Juni 1922 Ziff. 1 hat die Staatsforstverwaltung einen eingehenden Plan zur Versorgung des Handwerks mit Nutzholz zu angemessenen Preisen aus den Holzeinschlägen des Gewinnungsjahres 1922—23 aufgestellt, der dem Landtag dieser Tage zur Kenntnis vorgelegt worden ist. Dieser Plan legt der Natur der Dinge entsprechend den entscheidenden Nachdruck darauf, den Kleinhandwerkern die Möglichkeit einer preiswerten Eindeckung ihres Jahresbedarfes an Nutzholz zu eröffnen und tunlichst sicher zu stellen; es wird aber eben damit auch wesentlich in der Richtung einer Verbilligung dieses Nutzholzes wirken, da er geeignet ist, die Kleinhandwerker gegen die Monopolstellung kapitalkräftiger örtlicher und auswärtiger Käufer zu sichern. Es steht zu hoffen, daß es gelingen wird, die übrigen größeren Waldbesitzer zum Anschluß an dieses Verfahren zu gewinnen. Mit den vorgesehenen Maßnahmen wird im Rahmen des möglichen den Bedürfnissen des Handwerks Rechnung getragen sein. Im Gegensatz zu diesem Verfahren würden außerordentliche freihändige Holzabgaben zu besonders ermäßigten Preisen den schwersten Bedenken unterliegen, da es mit dem Fortschreiten der Geldentwertung immer weniger vertretbar erscheint, einzelne Gewerbe durch Bereitstellung staatlich verbilligter Rohstoffe letzten Endes auf Kosten der Steuerzahler andern Gewerben gegenüber zu bevorzugen. Zudem würde keine rechtliche Handhabe noch tatsächlich Möglichkeit bestehen, die übrigen Waldbesitzer zum Anschluß an etwaige derartige Maßnahmen der Staatsforstverwaltung zu bewegen, so daß in diesem Fall der gesamte Handwerkernutzholzbedarf Befriedigung aus den Staatsforsten heischen würde, was wirtschaftlich und betriebstechnisch vollständig unmöglich wäre.

Das Treiben der bayerischen Nationalsozialisten.

München, 4. Nov. Die Erfolge der Faszisten in Italien scheinen den Nationalsozialisten in die Krone gestiegen zu sein. Sie hielten gestern eine Massenversammlung ab, in der beschlossen wurde, heute der bayerischen Regierung die Forderung nach einer Sonderbestimmung Bayerns gegen den Wucher, nach Einführung der Prügel- und Todesstrafe gegen Wucher und Schiebung zu überreichen. Sollte diesen Forderungen nicht Rechnung getragen werden, würde das Volk — soll wohl richtiger heißen: die Nationalsozialisten — zur Selbsthilfe greifen müssen. Der Redner schloß seine aufpeitschenden Worte mit folgenden Sätzen: In Italien sei es einer Handvoll nationalgesinnter Männer gelungen, Ordnung zu schaffen. Auch Bayern werde seinen Mussolini haben, wenn anders keine Ordnung zu erreichen sei. Hier gab es Zurufe: Hittler! Gemeint ist der Führer der Nationalsozialisten in Bayern, ein Deutsch-Oesterreicher. Unter einer nationalen Diktatur, so meinte der Redner zum Schluß, werde es sich besser leben lassen, als im freien Volksstaat.

Unerhört.

Berlin, 3. Nov. Trotz wiederholter Bitte, sieht sich die deutsche Regierung leider noch immer nicht in der Lage, der deutschen Presse Mitteilungen über die heute der Reparationskommission vorgelegten deutschen Pläne oder Darlegungen zu geben. Die Reichsregierung lehnt es schroff ab, die deutsche Presse zu informieren, so daß sich diese trotz entgegenstehender Bedenken dazu verstehen muß, sich in dieser für das Schicksal Deutschlands so ungeheuer wichtigen Angelegenheit auf die Informationen aus dem Auslande und ausländischer Zeitungsvertreter zu verlassen. Die Richtigkeit dieser ausländischen Meldungen läßt sich nie nachprüfen. Die Verantwortung für diese mangelhafte Information der deutschen Presse trägt allein die Reichsregierung.

Kein deutscher Bankerott, aber Zahlungsunfähigkeit für Reparationen.

Berlin, 4. Nov. Der Kanzler äußerte sich dieser Tage, wie aus Wien gemeldet wird, zu dem Berliner Korrespondenten der „Neuen Freien Presse": „Es herrscht eine Panik, welche durch die wirtschaftliche Lage Deutschlands in keiner Weise berechtigt ist, die aber dadurch hervorgerufen wurde, daß die verantwortlichen Stellen der Gegenseite sich bisher zu den Taten, welche die verhängnisvolle Entwicklung schon längst gefordert hätte, nicht mehr aufraffen können. Das Resultat dieser Entwicklung ist nicht, daß Deutschland etwa bankerott wurde, sondern daß es zu Reparationen unfähig geworden ist. Deutschland hat auch jetzt noch den ehrlichen Willen, sich zu verständigen. Ob es aber später überhaupt noch etwas wird leisten können und ob es noch möglich sein wird, das Herabsinken der deutschen Währung zu bremsen, ist zweifelhaft, denn, das kann nicht eindringlich genug gesagt werden, Reparationsleistungen und sinkende Valuta sind nicht zu vereinen."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ausland.

Amsterdam, 4. Nov. Nach Blättermeldungen ist der Bruder des ehemaligen Kaisers, Prinz Heinrich, gestern abend in Doorn eingetroffen.

Der Kampf um die Weltgeltung der deutschen Sprache.

Aus Genf wird gemeldet, daß in der gestrigen Sitzung der Internationalen Arbeiterkonferenz die deutschen Delegierten die Sitzung verlassen haben, nachdem ihr Vorschlag, die deutsche Sprache als Verhandlungssprache zuzulassen, entschieden abgelehnt worden ist. Damit ist der dritte Versuch der deutschen Delegierten, der deutschen Sprache in internationalen Beratungen die gebührende Geltung zu verschaffen, gescheitert. Aber der Kampf geht weiter.

Napoleonische Gesten Mussolinis.

Rom, 3. Nov. Mussolini hat einer Reihe von höheren Staatsbeamten, die zurücktreten wollen, in diktatorischem Ton erklärt, daß er keine Demissionen von Beamten annehmen würde. Die Beamten setze er ab, wenn er wolle. Faszistische Offiziere, die ihm eine Huldigung darbringen wollten, bat Mussolini, davon Abstand zu nehmen, indem er hinzufügte: „Das nationale Heer kann und darf weder der Regierung Beifall spenden noch sie mißbilligen. Es muß nur immer treu gehorchen; darin besteht seine Kraft, seine Größe und sein Ruhm!"

Das deutsche Memorandum.

Paris, 4. Nov. Der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien" will aus besonderer Quelle erfahren haben: Das gestern von der deutschen Regierung dem Reparationsausschuß übermittelte Memorandum setze auseinander:

1. Die Unzulänglichkeit innerdeutscher Stabilisierungsmaßnahmen ohne gleichzeitige Hilfe von außen;
2. die Notwendigkeit einer großen Anleihe zur Stabilisierung und zum Ausgleich des Budgets (vorgeschlagen wurde eine Summe von über 500 Millionen Goldmark);
3. die deutsche Regierung sei für den Fall, daß eine Auslandsanleihe erreicht würde, bereit, einen Teil der Goldreserve der Reichsbank zur Verwendung bei den Stabilisierungsmaßnahmen zu opfern;
4. die Notwendigkeit, das Londoner Zahlungsstatut zu revidieren, um den Abschluß einer Anleihe zu ermöglichen;
5. die Notwendigkeit einer langfristigen Stundung für alle auszuführenden Leistungen;
6. die Berücksichtigung der Beschlüsse der Pariser Bankierkonferenz;
7. die Notwendigkeit, für die Sachlieferungen einen Aufschub zu gewähren, jedoch nur für Materialien, die nicht ausschließlich im Norden Frankreichs Verwendung finden;
8. Zusage, die Kosten der Sachlieferungen durch innere Anleihe zu decken;
9. Zusage, die Budgeteinnahmen zu erhöhen und die Ausgaben herabzusetzen (es wird auf die neue 100prozentige Erhöhung der Posttarife und auf die Beamtenentlassungen zwecks Ersparnis von drei Milliarden Mark angespielt);
10. irgend eine Finanzkontrolle könnte nur das Resultat haben, die deutsche Wirtschaft und damit auch die alliierte zu schädigen.

Die fällige Drohung aus Paris.

Paris, 4. Nov. Der „Temps" schreibt, vermutlich inspiriert durch die Berliner Verhandlungen: Wenn es der deutschen Regierung nicht möglich wäre, ein annehmbares Programm für ihre Zahlungen vorzuschlagen, so habe der Wiederherstellungsausschuß weiter nichts zu tun, als abzureisen und den alliierten Regierungen das Feld für die notwendige Aktion zu überlassen.

Bonar Law an Mussolini.

London, 3. Nov. Bonar Law telegraphierte an Mussolini: „Ich teile Ihnen mit, daß die Regierung Seiner Majestät von ganzem Herzen Ihren Wunsch für eine Fortdauer der festen freundschaftlichen Beziehungen unserer beiden Länder erwidert. Wir sind überzeugt, daß die Interessen des Friedens und der Zivilisation am besten durch eine freundschaftliche und ehrliche Zusammenarbeit der Regierungen der Verbündeten Mächte gewahrt werden können."

Der Sündenbock Konstantin.

Paris, 4. Nov. Havas berichtet aus Athen, den Zeitungen zufolge werde gegen Exkönig Konstantin folgende Anklage gerichtet: 1. daß er unter Verletzung der Verfassung den tatsächlichen Befehl über das Heer geführt habe und infolgedessen verantwortlich sei, 2. daß er, obschon er davon überzeugt gewesen sei, daß seine Abdankung eine günstige Lösung der nationalen Frage herbeiführen würde, sich nicht beeilt habe, abzudanken, 3. daß er als Chef der Armee seinen Posten vor dem Feinde sofort nach der Niederlage von Adalia aufgegeben habe.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Durch Entschließung des Herrn Staatspräsidenten ist eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Höfen dem Hauptlehrer Schaich in Meßstetten, O/A. Balingen, übertragen worden.

Neuenbürg, 5. Nov. (Weihnachtspakete). Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern, namentlich auch nach den Vereinigten Staaten von Amerika, schon Anfang November bei der Post einzuliefern damit die rechtzeitige Aushändigung an die Empfänger gesichert wird.

Rotensol, 3. Nov. (Billiges Holz). Bei der Verteilung des Gerechtigkeitsholzes aus dem Staatswald blieben 16 Rm. übrig. Der Staat gibt den Meter zu 170 Mark ab. Die übrigen 16 Meter wurden heute abend auf dem hiesigen Rathaus zu Gunsten der Holzberechtigten versteigert. Dabei wurden etwas über 118000 Mk. gelöst. Das Holz sitzt im Wald und wird zum Teil als Papierholz weiterverkauft. Mit dem Erlös ist jeder Holzberechtigte in der Lage seine 7—8 Rm, die er so billig vom Staat erhielt, zu bezahlen.

Württemberg.

Vaihingen a. E., 4. Nov. (Zu viel Milch.) Gestern herrschte hier Ueberfluß an Milch. Mittags mußte durch die Ortsschelle bekannt gemacht werden, daß am Nachmittag Vollmilch in unbeschränkter Menge abgegeben werden könnte. Trotzdem blieben noch etwa 140 Liter unverkauft. Dieser Rückgang im Verbrauch ist eine Folge der außerordentlichen Preissteigerung. 50 Mark für ein Liter Milch können die wenigsten Leute ausgeben, und wer keine Kinder hat, behilft sich lieber ohne Milch.

Freudenstadt, 4. Novbr. (Bretterabgabe zu Särgen.) Wie schon früher beschlossen, soll die Abgabe von Brettern zum Sarg an jedermann durch die Gemeinde erfolgen und zwar so, daß sie an Mittellose unentgeltlich erfolgt, bei den anderen wird der Preis je nach Vermögenslage von Fall zu Fall durch eine Kommission festgesetzt.

Oberndorf, 4. Okt. (Wilhelm Mauser-Stiftung.) In der letzten Gemeinderatssitzung gab der Vorsitzende die Stiftungsurkunde über die von Fabrikant Dr. Alfons Mauser in Köln zum Andenken an seinen Vater seiner Heimatstadt Oberndorf für gemeinnützige Zwecke gemachte Wilhelm Mauser-Stiftung bekannt. Danach sollen 100000 Mk. sofort für Bedürftige verwendet werden, 50000 Mk. dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden und je 25000 M. für Schulen, Spitäler, Friedhof, Heimatpflege und andere Wohltätigkeitsanstalten verwendet werden.

Schramberg, 4. Nov. (Mordversuch und Selbstmord.) Freitag früh schoß nach kurzem Wortwechsel der verheiratete Gipser und frühere Besitzer der „Linde", Xaver Schmid, seinen Nachfolger, den ledigen Konditor Stechele, in den Rücken und tötete sich dann selbst. Die Verletzung des Stechele ist nicht lebensgefährlich. Schmid und Stechele lebten in Unfrieden, da letzterer den Schmid beim Verkauf der „Linde" übervorteilte.

Schwenningen, 4. Nov. (Zwei Raubmörder festgenommen.) Wie bereits berichtet, wurde am 24. Oktober in Papiermühle, Gemeinde Adelmannsfelden, die 53 Jahre alte Bauernehefrau Bäuerle, als die übrigen auf dem Felde befindlichen Angehörigen nach Hause kamen, mit dem Gesicht auf dem Boden liegend tot aufgefunden. Die Täter waren in einem Schwenninger Baugeschäft in Arbeit und konnten nach der im Fahndungsblatt erschienenen neuen Personalbeschreibung durch einen Stuttgarter Kriminalinspektor mit Hilfe der Schwenninger Polizei ermittelt werden. Die beiden Mitbeteiligten Schrot und Maier konnten auf einer hiesigen Baustelle verhaftet werden, während der aus der Ellmendingen Gegend beheimatete Haupttäter Schwänzle nach Lörrach geflohen war, wo derselbe ebenfalls festgenommen werden konnte.

Stuttgart, 4. Nov. (Gemeinschaft süddeutscher Zuckerfabriken.) Die Gemeinschaft süddeutscher Zuckerfabriken teilt mit, daß zur Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals der Fabriken Frankenthal, Waghäusel, Stuttgart, Heilbronn, Offstein und Worms nunmehr die außerordentliche Generalversammlung auf den 27. November einberufen werde. Die derzeitigen Stammaktien sollen um 250 Proz. erhöht und den Aktionären auf je eine alte Aktie zwei neue zum Kurse von 130 Proz. angeboten werden. Ein Fünftel der neuen Aktien bleibt zur späteren Verfügung der Gesellschaften vorbehalten. Die auf 7 Prozent beschränkten Vorzugsaktien werden ebenfalls um 250 Proz. vermehrt und den jetzigen Inhabern von Vorzugsaktien zu 110 Prozent angeboten.

Cannstatt, 4. Novbr. (Zu Tode getroffen.) An dem Bahnhofdurchlaßneubau in der Karlstraße brach beim Verstellen eines Flaschenzugsständers eine Verbindungsschraube, wodurch der Flaschenzug herunterfiel und einen Arbeiter an das Genick traf, worauf der Tod alsbald eintrat.

Untertürkheim, 4. Nov. (Daimlerwerke). Die Verwaltung beruft auf den 5. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über die Erhöhung des Stammkapitals um 10 Millionen Mark und die Erhöhung des Vorzugsaktienkapitals um 8 Millionen Mark beschließen soll. Gleichzeitig soll die Verwaltung ermächtigt werden, weitere 100 Mill. Mark Stammaktien und 4 Mill. Vorzugsaktien auszugeben. Zweck der Kapitalerhöhung ist, weitere Mittel zu beschaffen zum stärkeren Ausbau der Inlands- und Auslandsverkaufsorganisationen. Die alten Stammaktionäre erhalten ein mittelbares Bezugsrecht. Der Ausgabekurs soll im Hinblick auf die gegenwärtige unübersichtliche Lage erst in der Generalversammlung vorgeschlagen werden.

Geislingen, 4. Nov. (Obstpreis für Pächter städtischer Grundstücke). Nachdem die früher vorgeschlagenen Preise von 450 Mark für Aepfel und 350 Mark für Birnen, je pro Zentner, beanstandet wurden, ist jetzt der Preis für Aepfel und Birnen je um 100 Mark ermäßigt worden. Der Ausfall gegenüber dem früheren Vorschlag beträgt für die Stadt 70000 Mark.

Ulm, 4. Nov. (Gemeindeobst. — Kartoffelversorgung.) Aus dem Gemeindeobstverkauf wurden erlöst für erstes Frühobst 235 M., für 2. Frühobst 250 M., und für Spätobst 300 M. je für den Zentner. Der Gesamterlös betrug 1 166 877 M. — Da die Händler die nötigen Kartoffelmengen nicht auf den Markt bringen konnten, hat die Stadt den Versuch gemacht, die Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen. Durch einen Aufruf werden die Arbeitgeber aufgefordert, den Arbeitern Vorschüsse für den Kartoffeleinkauf zu gewähren. Die Stadt ist in dieser Hinsicht für die städtischen Beamten und Arbeiter mit gutem Beispiel vorangegangen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden der Stadtverwaltung 1½ Millionen Mark zur Verfügung gestellt, zu dem Zwecke, für die Minderbemittelten Kartoffeln aufzukaufen.

Baden.

Niederbühl bei Rastatt, 3. Nov. In der Nacht des Allerheiligentages wurde der verheiratete 46jährige Landwirt Friedrich Drechsler ohne jeden Grund auf dem Heimweg von 3 Burschen im Alter von 20 und 21 Jahren, zwei namens Herrmann und einem namens Schnurr, überfallen und mit einem Schlagring mißhandelt. Außerdem erhielt Drechsler einen tiefen Stich in die Lunge. Ob er mit dem Leben davonkommt, ist fraglich. Die rohen Burschen wurden verhaftet.

Hansen i. K., 4. Nov. Für Schnecken werden von einem Aufkäufer 5 Mark für das Stück (für Schneckenhäuschen 5 Pfennig) bezahlt. In Hechingen werden für Schnecken 10,5 Mark pro Stück bezahlt. — Nach den neueren Devisenkursen, wie äußerte sich ein eifriger Schneckensammler, müßte jede Schnecke 12 Mark kosten.

Der Schimmelreiter

Novelle von Theodor Storm. [38]

„Der Wind ist umgesprungen!" rief er — nach Nordwest, auf halber Springflut! Kein Wind; — wir haben solchen Sturm noch nicht erlebt!"

Elke war totenblaß geworden: „Und du mußt noch einmal hinaus?"

Er ergriff ihre beiden Hände und drückte sie wie im Krampfe in die seinen: „Das muß ich, Elke."

Sie erhob langsam ihre dunklen Augen zu ihm, und ein paar Sekunden lang sahen sie sich an, doch war's wie eine Ewigkeit. „Ja, Hauke," sagte das Weib; „ich weiß es wohl, du mußt!"

Da trabte es draußen vor der Haustür. Sie fiel ihm um den Hals, und einen Augenblick war's, als könne sie ihn nicht lassen; aber auch das war nur ein Augenblick. „Das ist unser Kampf!" sprach Hauke; „ihr seid hier sicher: an dies Haus ist noch keine Flut gestiegen. Und bete zu Gott, daß er auch mit mir sei!"

Hauke hüllte sich in seinen Mantel, und Elke nahm ein Tuch und wickelte es ihm sorgsam um den Hals; sie wollte ein Wort sprechen, aber die zitternden Lippen versagten es ihr.

Draußen wieherte der Schimmel, daß es wie Trompetenschall in das Heulen des Sturmes hineinklang. Elke war mit ihrem Mann hinausgegangen; die alte Esche knarrte, als ob sie auseinanderstürzen solle. „Steigt auf, Herr!" rief der Knecht, „der Schimmel ist wie toll; die Zügel könnten reißen." Hauke schlug die Arme um sein Weib: „Bei Sonnenaufgang bin ich wieder da!"

Schon war er auf sein Pferd gesprungen; das Tier stieg mit den Vorderhufen in die Höhe, dann, gleich einem Streithengst, der sich in die Schlacht stürzt, jagte es mit seinem Reiter die Werfte hinunter, in Nacht und Sturmgeheul hinaus. „Vater, mein Vater!" schrie eine klägliche Kinderstimme hinter ihm drein; „mein lieber Vater!"

Wienke war im Dunkeln hinter dem Fortjagenden hergelaufen; aber schon nach hundert Schritten strauchelte sie über einen Erdhaufen und fiel zu Boden.

Der Knecht Ioen Johns brachte das weinende Kind der Mutter zurück; die lehnte am Stamme der Esche, deren Zweige über ihr die Luft peitschten, und starrte wie abwesend in die Nacht hinaus, in der ihr Mann verschwunden war; wenn das Brüllen des Sturmes und das ferne Klatschen des Meeres einen Augenblick aussetzten, fuhr sie wie in Schreck zusammen; ihr war jetzt, als suche alles nur ihn zu verderben und werde jäh verstummen, wenn es ihn gefaßt habe. Ihre Knie zitterten, ihre Haare hatte der Sturm gelöst und trieb damit sein Spiel. „Hier ist das Kind, Frau!" schrie John ihr zu; „haltet es fest!" und drückte die Kleine der Mutter in den Arm.

„Das Kind? — Ich hatte dich vergessen, Wienke!" rief sie; „Gott verzeih mir's." Dann hob sie es an ihre Brust, so fest nur Liebe fassen kann, und stürzte mit ihr in die Knie: „Herr Gott und du, mein Jesus, laß uns nicht Witwe und nicht Waise werden! Schütz ihn, o lieber Gott, nur du und ich, wir kennen ihn allein!" Und der Sturm setzte nicht mehr aus; es tönte und donnerte, als solle die ganze Welt in ungeheurem Hall und Schall zugrunde gehen.

„Geht in das Haus, Frau!" sagte John; „kommt!" und er half ihnen auf und leitete die beiden in das Haus und in die Stube.

— — Der Deichgraf Hauke Haien jagte auf seinem Schimmel dem Deiche zu. Der schmale Weg war grundlos, denn die Tage vorher war unermeßlicher Regen gefallen; aber der nasse, saugende Klei schien gleichwohl die Hufe des Tieres nicht zu halten, es war, als hätte es festen Sommerboden unter sich. Wie eine wilde Jagd trieben die Wolken am Himmel; unten lag die weite Marsch wie eine unerkennbare, von unruhigen Schatten erfüllte Wüste; von dem Wasser hinter dem Deiche, immer ungeheurer, kam ein dumpfes Tosen, als müsse es alles andere verschlingen. „Vorwärts, Schimmel!" rief Hauke; „wir reiten unseren schlimmsten Ritt!"

Da klang es wie ein Todesschrei unter den Hufen seines Rosses. Er riß den Zügel zurück; er sah hin um: hin zur Seite dicht über dem Boden, halb fliegend, halb vom Sturm geschleudert, zog eine Schar von weißen Möwen, ein höhnisches Gegacker ausstoßend; sie suchten Schutz im Lande. Eine von ihnen — der Mond schien flüchtig durch die Wolken — lag am Weg zertreten: dem Reiter war's, als flattere ein rotes Band an ihrem Halse. „Claus!" rief er. „Armer Claus!"

War es der Vogel seines Kindes? Hatte er Roß und Reiter erkannt und sich bei ihnen bergen wollen? — Der Reiter wußte es nicht. „Vorwärts!" rief er wieder, und schon hob der Schimmel zu neuem Rennen seine Hufe; da setzte der Sturm plötzlich aus, eine Totenstille trat an seine Stelle; nur eine Sekunde lang, dann kam er mit erneuter Wut zurück; aber Menschenstimmen und verlorenes Hundegebell waren inzwischen an des Reiters Ohr geschlagen, und als er rückwärts nach seinem Dorf den Kopf wandte, erkannte er in dem Mondlicht, das hervorbrach, auf den Werften und vor den Häusern Menschen an hochbeladenen Wagen umherhantierend; er sah, wie im Fluge, noch andere Wagen eilend nach der Geest hinauffahren; Gebrüll von Rindern traf sein Ohr, die aus den warmen Ställen nach dort hinaufgetrieben wurden. „Gott Dank! sie sind dabei, sich und ihr Vieh zu retten!" rief es in ihm; und dann mit einem Angstschrei: „Mein Weib! Mein Kind! — Nein, nein; auf unsere Werfte steigt das Wasser nicht!"

Aber nur einen Augenblick war es; nur wie eine Vision flog alles an ihm vorbei.

Eine furchtbare Böe kam brüllend vom Meer herüber, und ihr entgegen stürmten Roß und Reiter den schmalen Akt zum Deich hinan. Als sie oben waren, stoppte Hauke mit Gewalt sein Pferd. Aber wo war das Meer? Wo Seevogelsand? Wo blieb das Ufer drüben? — — Nur Berge von Wasser sah er vor sich, die dräuend gegen den nächtlichen Himmel stiegen, die in der furchtbaren Dämmerung sich übereinander zu türmen suchten und übereinander gegen das feste Land schlugen.

(Fortsetzung folgt).

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Weinheim, 3. Nov. Bei einem Einbruch wurden aus dem Fell- und Häutelager der Großhandlung Neu hier 40 Kalbfelle im Werte von einer halben Million Mark gestohlen.

Mannheim, 3. Nov. Zu dem Großfeuer in Oggersheim wird noch gemeldet: Bei der Bergung der verschütteten Feuerwehrleute stellte sich heraus, daß nicht sechs, sondern sieben Männer das Opfer des schrecklichen Unglücks wurden. Die Leichen waren gestern nachmittag sämtlich ausgegraben. Es ist anzunehmen, daß der Tod sofort durch die einstürzenden Steinmassen verursacht wurde, da die Leichen Kopfverletzungen und starke Hautabschürfungen aufweisen, während starke Brandwunden nicht festgestellt wurden. Die maßgebenden Stellen haben sich sofort um die Hinterbliebenen angenommen und umfassende Fürsorge getroffen für die ihres Ernährers beraubten Familien. Regierungspräsident von Ohlingensperg, der die Brandstelle besichtigte, sprach den Angehörigen der Verunglückten die Teilnahme der Regierung aus, und stellte dem Bezirksvorstand zur Unterstützung der Hinterbliebenen eine größere Summe zur Verfügung.

Vermischtes.

Ein untergehendes Gewerbe. Zu den durch die Zeitverhältnisse am allermeisten unter die Räder gekommenen Gewerben gehört zweifellos das Friseurgewerbe, dessen Lage immer trostloser wird. In Mannheim sind beispielsweise im letzten Vierteljahr allein 60 Friseurgeschäfte geschlossen worden, in Frankfurt sogar in einer einzigen Woche 71 Geschäfte. Aehnlich, wenn auch noch nicht so schlimm, sind die Verhältnisse auch in bayerischen und württembergischen Großstädten.

Drei Zentner Roggen Schulgeld. Der Vorstand der ostpreußischen Landwirtschaftskammer hat beschlossen, daß für die landwirtschaftlichen Schulen das Schulgeld des Winterhalbjahres drei Zentner Roggen oder den entsprechenden Geldwert hierfür betragen soll. Die Preisberechnung erfolgt auf Grund der Königsberger Börsennotierungen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 5. Nov. Dem Mostobstmarkt waren 1500 Zentner zugeführt, die zum Preis von 360—400 Mk. pro Zentner verkauft wurden. — Auf dem Nordbahnhof waren 23 Wagen zugeführt. Für einen Waggon mit 200 Zentnern wurden 60—64000 Mark verlangt, für den Zentner im Kleinverkauf 360—380 Mark. — Dem Filderkrautmarkt waren 6000 Stück zugefahren. Der Zentner galt 600 Mk.

Märkte. Dem Schweinemarkt in Künzelsau waren 233 Milch- und 5 Läuferschweine zugeführt. Das Paar Milchschweine galt 19—29000 Mk., ein Läuferschwein 18 bis 28000 Mk. — Dem Viehmarkt in Herbertingen waren 30 Farren, 56 Ochsen, 60 Kühe, 70 Kälber und 172 Stück Jungvieh zugeführt, die zu sehr hohen Preisen entsprechend den Viehpreisen auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt verkauft wurden. Auf dem Schweinemarkt wurden 112 Ferkel zum Preise von 17000—25000 Mk. für das Paar verkauft.

Neueste Nachrichten.

Koblenz, 4. November. Die interalliierte Rheinlandskommission hat beschlossen, das Buch „Wie werde ich ein Pfadfinder?" weil es alle Kennzeichen eines militärischen Instruktionsbuches enthalte, im besetzten Gebiet zu verbieten. (Die Rheinlandkommission macht sich vor der Jugend lächerlich. Schriftl.)

Bochum, 5. Nov. Die Reichslohnkonferenz des Bergarbeiterverbands und des Metallarbeiterverbands hat eine Entschließung angenommen, in der sie die Schiedssprüche für den Kohlen- und den Erzbergbau und die auf dieser Grundlage getätigten vorläufigen Lohnabschlüsse ablehnen. Für November wird eine weitere Lohnerhöhung neben dem vollen Ausgleich für Oktober gefordert. Die Einführung einer Kollektivprämie für etwaige Mehrförderung in den Kohlengebieten wird abgelehnt. Die Organisationsvertreter werden beauftragt, sofort die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, damit die Arbeiterschaft alsbald in den Besitz der notwendigen Zahlungsmittel gelangt. Die Konferenz verlangt die Erledigung der Lohnfrage bis zum 12. Novbr.

Essen, 6. Nove. Wie aus Gelsenkirchen gemeldet wird, nahm der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in einer aus dem ganzen Ruhrgebiet stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung eine Entschließung an, in der die Voraussetzung für das Verfahren von Ueberschichten von dem Augenblick ab als nicht mehr bestehend bezeichnet wird, wo das Quantum der Reparationskohle erhöht wird.

Leipzig, 6. Nov. Nach dem bis gestern abend 1/2 11 Uhr vorliegenden Ergebnis entfielen bei den sächsischen Landtagswahlen in der Kreishauptmannschaft Leipzig auf die Liste der Vereinigten Sozialistischen Parteien 88600, auf die der Demokraten 19532, auf die des Zentrums 439, die der Deutschen Volkspartei 33045, auf die der Deutsch-Nationalen 3878 und auf die der Kommunisten 24300 Stimmen.

Forst, 4. Nov. Vor dem Rathause hatten sich gestern nachmittag 4 Uhr große Menschenmassen eingefunden, um zu erfahren, welchen Ausgang die Schlichtungsverhandlungen in den Lohnangelegenheiten in der Textilindustrie genommen haben. Die Leute versuchten in das Rathaus einzudringen, wurden aber zurückgedrängt und zogen nun über den Markt. In Buttergeschäften erzwang die Menge die Verabfolgung von Lebensmitteln zu ungewöhnlich billigen Preisen. Dann zogen sie in die Kottbuser und Berliner Straße. In mehreren Wurstgeschäften wiederholten sich die Szenen billigen Einkaufs. Später plünderte die erregte Menge zwei Materialiengeschäfte, ein Delikatessen- und ein Großschuhwarengeschäft. Schaufenster und Ladentüren wurden zertrümmert. In überwiegender Zahl beteiligten sich die Jugendlichen an dem Treiben, auch Kinder von 13 bis 14 Jahren waren dabei. Die Tuchlager zweier großer Fabriken wurden ebenfalls ausgeräumt. Gewerkschafts- und Parteiführer, sowie besonnene Arbeiter ermahnten die Menge zur Ruhe. Es gelang ihnen auch, die Masse von weiteren Plünderungen abzuhalten. Schupo traf in der Nacht von Kottbus ein, heute vormittag eine weitere Hundertschaft. Gegen 30 Verhaftungen sind erfolgt. Die festgenommenen Personen, die in Forst in Baracken untergebracht sind, sind zum großen Teile von auswärts zugezogen.

Hannover, 5. Nov. In einer öffentlichen Versammlung in Lüneburg erklärte nach einer Rede des Oberpräsidenten Noske der Redner Welfen und Pastor Prelle, daß man den Gedanken der Abstimmung über ein freies Hannover in der Partei zurückstelle bis zu dem Zeitpunkt, an dem die deutschen Interessen es erlauben, eine solche Abstimmung vorzunehmen.

Berlin, 5. Novbr. Willy Opitz, der zuletzt vor drei Monaten durch eine Aufsehen erregende Flucht aus dem Gefängnis Tegel von sich zu reden machte, wurde gestern in einem Kampf mit Kriminalbeamten durch mehrere Schüsse so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen erlag. Opitz hatte schon vier Menschenleben auf dem Gewissen. Er hat eine ganze Reihe schwerer Raubüberfälle und schwerer Einbrüche verübt, wobei ihm immer eine mehrköpfige Bande Hilfe leistete, so auch am 30. 6. 1921, wo auf dem Bahnhof Warschauer Straße ein Eisenbahnbeamter und ein Kassenbote um 118000 M. beraubt wurden. Opitz ist auch dringend verdächtig, der Anführer der Automobilräuberbande gewesen zu sein, die das Postamt Hegermühle ausplünderte.

Berlin, 5. November. Der württembergische Arbeits- und Ernährungsminister Keil sprach sich einem Vertreter des „Berliner Tageblatts" gegenüber dahin aus, daß die Lage zur Zeit zwar nicht gerade besorgniserregend, aber sehr ernst sei. Durch die Ungunst des Wetters während der Ernte sei ein großer Teil der Ernte vollständig vernichtet. Aus diesem Grunde sei es in Württemberg unmöglich das Umlagesoll aufzubringen. Zur Frage der Fleischversorgung in Württemberg wies der Minister darauf hin, daß die unbeschränkte Ausfuhr von Schlachtvieh nach dem besetzten Gebiet in Württemberg bitter empfunden werde.

Berlin, 5. Nov. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft teilt mit, daß die Kartoffelernte fast ganz beendet sei und daß der Ertrag noch wesentlich höher sein dürfte, als in der letzten Woche der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden sei. Die Wintereindeckung der großen Bedarfsgebiete dürfte zu 80 Proz. erledigt sein. Leider seien schon in den Frosttagen erhebliche Mengen Kartoffeln für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden. Man rechnet mit 5 Proz. der Gesamternte.

Berlin, 5. November. Eine Geldscheinfälschung größten Stils wurde von der Falschgeldabteilung der Reichsgeldabteilung der Reichsbank aufgedeckt, bevor sie Schaden anrichten konnte. Der Fälscher, ein Buchdruckereibesitzer, wurde gestern von Beamten der Falschgeldabteilung verhaftet. In seiner Wohnung und in der Druckerei fand man riesige Mengen von falschen Scheinen und alle Druckplatten, die zur Herstellung gedient haben. Im Verkehr aufgetaucht ist nur eine kleine Menge von falschen Scheinen außerhalb Berlins. Mehrere Verbreiter der Falschgeldscheine konnten verhaftet werden. Die Menge der beschlagnahmten falschen Scheine übertrifft alles, was bisher auf diesem Gebiete da war.

Versäumte November-Abonnements auf den „Enztäler"
können nachgeholt werden.
Erschienene Nummern werden nachgeliefert.
Jede Postanstalt, jeder Briefträger und Postbote sind zur Annahme von Monatsbestellungen verpflichtet.

Berlin, 4. Nov. Heute mittag gegen 12 Uhr gab ein Mann mehrere Schüsse gegen das Berliner Börsengebäude ab. Dann sprang er in selbstmörderischer Absicht in die Spree. Es gelang, den Mann wieder aus dem Wasser zu holen. Es soll sich um einen Straßenbahnschaffner handeln, der die Tat wegen schlechter wirtschaftlicher Lage beging. — Mit einem Beil und einem Tranchiermesser mißhandelte der trunksüchtige Schlosser Kucke seine Frau zu Tode. Die Frau, die schon häufig seinen Mißhandlungen ausgesetzt war, flüchtete, als sie die vergangene Nacht wieder mißhandelt wurde, zu ihrer Schwester. Der Mann folgte ihr, verletzte sie so, daß sie aus unzähligen Wunden blutete, und schleppte sie in die Wohnung zurück. Am andern Morgen fand man die Frau tot im Hofe liegen. Kucke wurde verhaftet.

Königsberg, 4. Nov. Der Polizei ist es gelungen, eine Riesenschiebung in Cokain, Morphium und anderen Medikamenten aufzudecken, die aus einem hiesigen großen Lager gestohlen worden waren, und jetzt mit Hilfe von in Königsberg und Eydtkuhner ansässigen Personen ins Ausland geschmuggelt werden sollten. Angehörige aller Gesellschaftsklassen, insgesamt 27, wurden als Teilnehmer an der Millionenschiebung gefaßt. Sie wurden teilweise dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Die gestohlenen Medikamente und ärztlichen Instrumente entstammen dem aufgelösten Sanitätsdepot des ersten Armeekorps, wobei mehrere Helfershelfer bisher beschäftigt waren. Durch Haussuchungen wurde zahlreiches gestohlenes Material beschlagnahmt. Sechs Teilnehmer wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Kopenhagen, 5. Nov. Ein hiesiger Bankier teilte gestern der Polizei mit, daß er von einem Ausländer namens Sommerstein eine Anzahl tschechischer 100 Kronenscheine gekauft habe, die sich später als gefälscht herausgestellt hätten. Es gelang der Polizei, Sommerstein und dessen Komplizen, Sigismund Kieselstein, festzunehmen. Sommerstein erklärte, daß er das Geld in Berlin gekauft habe. Kieselstein wurde verhaftet, als er den Abendexpreß nach Korsör besteigen wollte. In seinem Besitz fand man 10000 dänische Kronen. Sommerstein hatte 65 Millionen österreichische Kronen in tschechisches Geld umgewechselt und das Geld in einem Koffer mit doppeltem Boden hierher gebracht.

Neapel, 5. Nov. Eine furchtbare Ueberschwemmung suchte die Stadt heim und verursachte den Einsturz vieler Häuser. Bei Santa Maria della Neve stürzte eine Mauer ein und begrub zahlreiche Feuerwehrleute sowie einige Zivilpersonen unter sich. Acht Feuerwehrleute und zwei Zivilpersonen wurden getötet. Zahlreiche Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Paris, 4. Nov. Havas führt in einer Konstantinopeler Meldung die Konsequenzen der Beschlüsse, die die Nationalversammlung von Angora in ihren Sitzungen vom 1. und 2. November gefaßt hat, wie folgt an: 1. Abschaffung der Verfassung von 1908. 2. Beseitigung der Befugnisse des Sultans. 3. Absetzung des derzeitigen Herrschers. 4. Verbleiben der geistlichen Machtvollkommenheiten beim Kalifat. 5. Ende der Regierung von Konstantinopel mit allem, was sich daraus ergibt.

Paris, 6. Nov. Das Pressebüro der Regierung von Angora in Paris teilt mit, daß die Regierung der großen Nationalversammlung durch die letzten Beschlüsse nicht die Absicht habe zum Ausdruck bringen wollen, die Schulden der Türkei abzuleugnen und die Verwaltung der öffentlichen Schuld aufzuheben.

London, 4. Nov. Der „Times" wird aus Athen gemeldet, daß die griechische Regierung den Vorschlag Mustapha Kemals bezüglich des Austausches der griechischen und türkischen Bevölkerung ablehnt.

Konstantinopel, 5. Nov. Havas meldet, daß das Kabinett zurückgetreten ist. Die Demission ist erfolgt, nachdem die Regierung von Angora den Ministern in Konstantinopel mitgeteilt hatte, wenn sie im Amte blieben würden sie sich des Hochverrats schuldig machen. Nach der Demmission habe der Militärgouverneur von Thrazien, Rifad Pascha in einer Unterredung mit den alliierten Generalen mitgeteilt, die hauptsächlichsten Verwaltungen von Konstantinopel hatten den Wunsch geäußert, nur unter der Autorität der großen Nationalversammlung zu arbeiten, und daß er sich daher in die Notwendigkeit versetzt fühle, aus eigener Initiative das Amt des Gouverneurs von Konstantinopel zu übernehmen. Der Präfekt der Stadt werde die Verwaltung nach seiner Initiative fortführen. Die Ministerien würden geschlossen werden. — Nach Eintritt der Dunkelheit haben in verschiedenen Stadtteilen Kundgebungen stattgefunden. In Adrianopel verlangten die Demonstranten die Abdankung des Sultans. Die alliierten Oberkommissare werden heute über die Lage beraten.

Konstantinopel, 6. Nov.. Der Sultan soll abgelehnt haben, die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses der Nationalversammlung über die Abschaffung des Sultans anzuerkennen. Auch die Minister sollen nach einer Meldung des Blattes beschlossen haben, den Nationalisten Widerstand zu leisten. Es werde eine von dem Sultan unterzeichnete Proklamation in diesem Sinne erwartet.

Der Wortlaut der Vorschläge für die Reparationskommission vom Reichskabinett genehmigt.

Berlin, 5. Nov. Der von dem Redaktionsausschuß endgültig festgelegte Wortlaut der Vorschläge für die Reparationskommission wurde in später Abendstunde vom Reichskabinett genehmigt. Wie das „Berliner Tageblatt" wissen will, wird die deutsche Regierung insbesondere auseinandersetzen, was sie zur Erzielung des Budgetgleichgewichts auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung zu tun gedenke. Die deutsche Denkschrift beschränke sich jedoch wahrscheinlich nicht nur auf eine Darlegung der Absichten des Reichskabinetts, sondern berühre auch die Frage der Finanzkontrolle. — Nach der Sozialdemokratischen Korrespondenz handelt es sich bei den Vorschlägen gewissermaßen um Ausführungsbestimmungen, also um eine Ergänzung der bereits übergebenen Denkschriften. Als Sicherheitsleistung für die Gewährung einer Goldanleihe biete die Reichsregierung der Reparationskommission neben finanziellen Einnahmen u. a. bestimmte festumgrenzte Aufsichtsrechte an, die keine Einschränkung der Souveränität der Reichsregierung bedeuten. Das Kapitel über die von Deutschland zu leistenden Sicherheiten nehme den Hauptteil der Vorschläge ein. Vorausgesetzt, daß eine äußere Anleihe zustandekomme, sei die Reichsregierung bereit, auch im Innern Maßnahmen zu treffen. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge sind die Besprechungen mit den ausländischen Finanzsachverständigen noch in vollem Gang. Sie würden wahrscheinlich in einem gemeinsamen Gutachten über die drei vom Reichskanzler vorgelegten Fragen ihren Abschluß finden.

Berlin, 6. Nov. Gestern sind der Reparationskommission die Vorschläge der deutschen Regierung überreicht worden. Laut „Montagspost" wird ihr Inhalt gleichzeitig in Berlin und Paris heute bekanntgegeben werden. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt, werden die Verhandlungen mit der Reparationskommission, die morgen Dienstag wieder aufgenommen werden, voraussichtlich Ende dieser Woche ihren Abschluß finden.

Die Not der Vertriebenen.

Obgleich es zu einer ständigen Rubrik der Presse aller Richtungen geworden ist, kann man sich von Zeit zu Zeit dennoch immer wieder davon überzeugen, daß das oft geradezu herzerschütternde Elend der durch den Schandvertrag von Versailles von Hof und Grund vertriebenen und um Hab und Gut gebrachten deutschen Mitbrüder in Ost und West dem Bewußtsein der breiten Masse der vor diesem Schicksal im Innern des Reiches bewahrten anderen Deutschen nicht vertraut genug ist. In einer Unterredung mit Pressevertretern hat der Leiter der Flüchtlingsfürsorge des deutschen Roten Kreuzes, Freiherr von Rotenhan, dieser Tage einen außerordentlich aufschlußreichen Ueberblick über den geradezu erstaunlich großen Umfang des zur Milderung der Nöte der Auslands- und Grenzlandsdeutschen gegeben. Es ging aus ihm hervor, daß aus dem Auslande 300000 Deutsche gekommen sind, aus den abgetretenen Gebieten 130000, aus Oberschlesien wurden 50000 Deutsche über die neue Reichsgrenze geworfen, und aus dem ehemals deutschen Polen mußten sogar nicht weniger als 700000 Flüchtlinge eine Notunterkunft in der alten Heimat suchen. Herr von Rotenhan hob auch die ungeheueren Schwierigkeiten hervor, die der Flüchtlingsfürsorge erstehen und die sowohl die Unter-

Deutsche Worte für unsere Zeit.

Mach dich erst von der Freiheit frei,
Willst wirklich frei du werden;
Kein Sklave sein von der Menge Geschrei
Heißt frei sein erst auf Erden.

Grillparzer.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

kunftsbeschaffung wie die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit betreffen. Aus alledem sollte aber jeder Deutsche den Schluß ziehen, daß die aus öffentlichen Mitteln geleistete Hilfe ihn ganz und gar nicht der Verpflichtung enthebt, überall da, wo er die Gelegenheit dazu findet, aus eigenem hinzuzutun.

Kundgebung der Auslandsdeutschen.

Berlin, 5. Nov. Der vom Bund der Auslandsdeutschen, dem Hilfsbund für Elsaß-Lothringen, dem Reichsverband der Kolonialdeutschen, dem Deutschen Ostbund, den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier und dem Hamburger Verein für Wiederaufbau im Inland und Ausland einberufene Kongreß der verdrängten Deutschen begann heute vormittag mit einer machtvollen öffentlichen Kundgebung in der Scala, deren großer Theatersaal bis auf den letzten Platz besetzt war. Die aus allen Weltgegenden vertriebenen Deutschen waren zahlreich zusammengeströmt, um, wie der Vorsitzende sagte, von ihrer Not Zeugnis abzulegen. So verschieden das Thema der einzelnen Redner war, immer lag ihren Ausführungen der Gedanke zugrunde, daß die verdrängten Deutschen die Aermsten der Armen sind. Ihre gerechten Forderungen, sagten die Redner, seien auf keinen Fall überspannt. Sie wollten nicht ersetzt haben, was sie verloren, sie wollten nur die Möglichkeit haben, neuerlich mit der Arbeit beginnen zu können und sie betrachteten es als eine Ehrenpflicht des Reichs, die verdrängten Deutschen, die auf etwa 2 Millionen im ganzen geschätzt werden, nicht in ihrem Elend zugrunde gehen zu lassen. Die Redner beklagten, daß die verdrängten Deutschen, nachdem sie ihr Heim verloren, im deutschen Vaterland vielfach als Eindringlinge betrachtet und als Bettler behandelt würden. Sie stellten an die Regierung und das Parlament die Frage, ob es nötig war, das Elend der verdrängten Deutschen durch 4 lange Jahre resultatlos hinzuschleppen. Noch heute klage man, daß fast das ganze wertvolle Material, das die deutschen Flüchtlinge mit ihrer Weltkenntnis und größeren Erfahrung bildeten, brach liege. Der Vertreter der vertriebenen Ostdeutschen verlangte, daß endlich wenigstens Land zur Verfügung gestellt werde, wo sie sich ihre Häuser selbst bauen dürften. Almosen, sagte ein anderer Redner unter stürmischen Beifallskundgebungen der Versammlung, wolle keiner der Verdrängten; sie wollten nur ihr Recht. Sicher sei, daß hier eine schwere Wunde am deutschen Wirtschaftskörper nach Heilung schreie. Es sei zu hoffen, daß aus den weiteren Beratungen des Kongresses in den nächsten Tagen praktische Anregungen für ein positives Verfahren sich ergäben.

Die Vermählungsfeierlichkeiten im Hause Doorn.

Amsterdam, 6. Nov. Gestern mittag wurde in Doorn die Vermählung des vormaligen deutschen Kaisers mit der Prinzessin Hermine von Schönaich-Carolath, geborene Prinzessin Reuß, vollzogen. Ueber die Vermählungsfeierlichkeiten meldet die „Niederl. Telegr.-Ag.": Nach dem Frühstück wurde um ½12 Uhr vor dem Notar Groot in Gegenwart des Kaisers und der Prinzessin Hermine die Urkunde mit den Heiratsbedingungen verlesen. Der Kaiser trug kleine Felduniform mit Helm, die Prinzessin ein malvenfarbenes Kleid mit Hut. Das Brautpaar begab sich darauf in einen anderen Flügel des Schlosses, wo die Trauzeugen versammelt waren. Der Kaiser stellte die Anwesenden der Prinzessin vor. Hierauf bekundete der Bürgermeister von Doorn in deutscher Sprache, es bestünden keine Hindernisse für den Vollzug der Eheschließung, worauf er die entsprechenden Stellen des holländischen Gesetzes verlas. Als dann an den Kaiser und die Prinzessin die üblichen Fragen gestellt wurden, antworteten beide mit Ja. Darauf sprach der Bürgermeister erst in deutscher und dann in holländischer Sprache die gesetzliche Eheschließungsformel. Nach Unterzeichnung der Heiratsurkunde durch den Kaiser und die Prinzessin, sowie die Trauzeugen, begab sich das Brautpaar mit den Gästen in das Vestibül des Schlosses zur feierlichen Einsegnung. Nach einem einleitenden Lied vollzog Hofprediger Dr. Vogel die Trauung. Nachdem die beiden Neuvermählten den Segen des Geistlichen empfangen hatte, begaben sie sich in ein mit Blumen reichgeschmücktes Nebenzimmer, wo sie die Glückwünsche der Gäste entgegennahmen.

Die Anhänglichkeit der Eingeborenen Ostafrikas.

Der deutschen Presse Südwestafrikas entnehmen wir folgendes: Im „Nairobi Leader" ist folgender Brief eines beherzten und wahrheitsliebenden Engländers zu lesen: „An den Herausgeber des „Leader"! Sehr geehrter Herr! Ich war an dem Tage in Kilindini, als der Dampfer „Sultan" dort anlief, das erste deutsche Schiff, das seit 1914 dort ankam. Der Empfang, der ihm von der Einwohnerschaft Mombassas, Eingeborenen wie Indern, bereitet wurde, war wirklich wundervoll. Es mögen etwa 3000 Menschen gewesen sein, die sich in heller Begeisterung befanden, und als ich sie fragte, warum sie an den Hafen gekommen seien, gaben sie mir zur Antwort: „Jetzt wo unser Vater wieder gekommen ist, werden wir wieder billigen Reis und Zucker zu essen bekommen! Nicht ein einziger Europäer, mit Ausnahme der Beamten, war zugegen, aber ganz ohne Zweifel waren Inder wie Eingeborene glücklich, endlich die Deutschen wieder hier zu sehen! Dies außerordentliche Schauspiel gibt einem tief zu bedenken, was alles über die Behandlung der Eingeborenen durch die Deutschen in Deutsch-Ostafrika (jetzt Tanganika-Territory) geredet wurde! Entweder diese Behauptungen sind falsch, oder aber, die Eingeborenen wünschen selbst so behandelt zu werden, wie es geschehen sein soll, und trotz unserer Bemühungen die Deutschen herabzusetzen, haben die Eingeborenen noch eine große Achtung vor ihnen, wesentlich mehr, als sie vor dem Engländer haben. Ich überzeugte mich davon am letzten Donnerstag! Wir bilden uns immer ein, die einzige Nation der Welt zu sein, die kolonisieren könne, aber ich zweifle sehr, ob wir, wenn die Sache umgekehrt gewesen wäre, denselben herzlichen Empfang gefunden hätten."

Und der Versailler Schandvertrag raubt uns die Kolonien unter der lügenhaften Behauptung, wir hätten die Eingeborenen nicht behandeln können und die Kolonien müßten „fortgeschrittneren Nationen" übergeben werden!

Aus unserem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika.

Ueber die gegenwärtige Lage im früheren Deutsch-Südwestafrika unterrichtet ein Schreiben aus Windhuk, das das Deutsche Ausland-Institut kürzlich erhielt: „Am sichersten steht derjenige heute, der eine feste Anstellung hat. Der selbständige Geschäftsmann, Handwerker oder Farmer ist übel daran. Die meisten Leute sind stark verschuldet, und die Geschäfte müssen, um arbeiten zu können, ihre Ausstände eintreiben, wobei manchmal sehr hart verfahren wird. Das Vieh ist fast wertlos. Eine Kuh mit Kalb kann man schon für 2—3 Pfund kaufen. Schlachtochsen bringen 4—6 Pfund. Die deutsche Landwirtschaftsbank ist liquidiert, eine englische gegründet worden, doch arbeitete die deutsche jedenfalls besser. Es macht viel Schwierigkeit, von der Landbank ein Darlehen zu erhalten. Zwar bemüht sich unser Verwalter in jeder Hinsicht, den Farmern ihre Lage zu erleichtern, aber ihm sind auch die Hände durch die Regierung gebunden, und die Presse greift ihn in gehässiger Weise an, weil er mit den Deutschen sympathisiere. In nächster Zeit soll in der Walfischbai eine Kühlanlage errichtet werden, die Kühl- und Gefrierfleisch für die Ausfuhr machen soll. So wird schon gewissermaßen als Vorarbeit die Landungsbrücke in der Walfischbucht neugebaut und der Hafen soll vergrößert und verbessert werden."

Schneider-Innung Neuenbürg.

Von der freien Innung des Schneiderhandwerks im Oberamtsbezirk Neuenbürg ist der Antrag gestellt worden, für das Schneiderhandwerk im Oberamtsbezirk Neuenbürg eine **Zwangs**innung zu errichten.

Dieser Antrag wurde mit Erlaß der Kreisregierung Reutlingen vom 1. November 1922 Nr. 8191 zur Abstimmung zugelassen. Als Kommissar zur Ermittlung der Mehrheit der beteiligten Handwerker (§ 100 Abs. 1 Nr. 1 Gew.Ord.) ist der Unterzeichnete bestellt.

Die **Ortsvorsteher** werden beauftragt, Vorstehendes sowie nachstehende Bekanntmachung in ortsüblicher Weise den Beteiligten zur Kenntnis zu bringen.

Neuenbürg, den 4. Novbr. 1922. **Oberamt:** Amtmann Bareth.

Die Aeußerungen für oder gegen Errichtung der beantragten Zwangsinnung sind schriftlich bis zum **13. November 1922** oder mündlich in der Zeit **vom 9. bis 13. ds. Mts.** bei mir abzugeben.

Die Abgabe der mündlichen Aeußerung kann während des angegebenen Zeitraums an jedem Werktag, nachmittags von 3—5 Uhr, und am 11. ds. Mts., vormittags von 11—12 Uhr, in meiner Kanzlei — Zimmer Nr. 4 — erfolgen.

Ich fordere hiedurch alle Handwerker, welche im Oberamtsbezirk Neuenbürg das Schneiderhandwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Aeußerung mit dem Bemerken auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung einer Zwangsinnung **zustimmt oder nicht**, giltig sind, und daß Aeußerungen, welche nach Ablauf des obigen Zeitraums eingehen, unberücksichtigt bleiben.

Neuenbürg, den 4. November 1922.

Der Kommissar: Amtmann Bareth.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

In das **Handelsregister**, Abt. für Einzelfirmen, ist heute bei der Firma **C. Meeh**, Buchdruckerei, Sitz **Neuenbürg**, eingetragen worden: Das Geschäft ist auf **David Strom**, Buchdruckereibesitzer in **Neuenbürg**, übergegangen, welcher es unter der Firma: „C. Meeh'sche Buchdruckerei, Inh. D. Strom" weiterführt.

Den 2. November 1922. Obersekretär Dürr.

Freie Schlosser-Innung Neuenbürg-Wildbad.

Ab 1. November bis auf weiteres treten folgende Preise in Kraft:

Stundenlohn für 1 Meister	Mk. 180.—
„ „ 1 Arbeiter über 25 J.	„ 175.—
„ „ 1 „ unter 25 J.	„ 145.—
das Aufsperren eines Schlosses wird nach der aufgewendeten Zeit berechnet, mindestens	Mk. 45.—
für Anfertigen eines Zimmerschlüssels mind.	„ 140.—
„ „ „ Haustürschlüssels	„ „ 180.—
„ „ „ Sicherheitsschlüssels	„ „ 250.—
„ „ „ Schrank- und Kommodeschlüssels mindestens	„ 100.—
das Ab- und Anmachen sowie Reinigen des Schlosses wird nach der Zeit berechnet,	
für Anschlagen einer Zimmertür mit Fischband, Schließkappenschloß, schwarze Drücker, heutiger Tagespreis	Mk. 2700.—

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats am Dienstag, den 7. Nov., abends 6 Uhr.

Tagesordnung:
1) Bausachen.
2) Bürgeraufnahmen.
3) Schulgelder.
4) Gemeinderatswahl.
5) Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Neuenbürg.

Zu sofortigem Eintritt suche ich auf 2—3 Wochen gewandte

Schreibhilfe.

Stadtpfleger Essich.

Tüchtiges

Alleinmädchen,

das gut kochen kann und Hausarbeit verrichtet, in kleinen Villenhaushalt gesucht. Gehalt 2200 Mark monatlich. Näh- und Bügelkenntnisse erwünscht.

Angebote mit Bild und Zeugnissen an

Frau **Carl Ballin**, **Pforzheim**, Friedenstraße 60.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

Ch. Meeh'sche Buchdruckerei.

Mitesser Pickel im Gesicht u. am Körper beseitigt rasch und zuverlässig Zucker's Patent-Medicinal-Seife. Nach jeder Waschung mit Zucker's-Creme nachbehandeln. Frappante Wirkung, von Tausenden bestätigt. In all. Apoth., Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich

Geschäfts-Kalender

für Forstbeamte

für 1923 sind vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhandlung, Inh. D. Strom.

Schömberg.

Zugelaufen

ein jüngerer **Halbhund.**

Derselbe kann gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abgeholt werden bei

Fried. Schröter.

Schömberg.

Gebrauchtes, noch sehr gut erhaltenes

Weinfaß,

etwa 380 Liter haltend, verkauft

Adolf Theurer, Weinstube, Telefon 17.

Neuenbürg.

Bei der am gestrigen Sonntag abgehaltenen **Versammlung der Metzger** wurde für das

Ausschlachten

ein Mindeststundenlohn von 150 Mark festgesetzt. Sollte die Teuerung fortschreiten, wird der Lohn dementsprechend erhöht.

Amtliche Taschen-Fahrpläne

für den Winterdienst 1922/23

kleine gelbe Ausgabe 70 Mark
große rote Ausgabe 180 Mark

mit den wichtigsten Anschlußstrecken in Baden, Bayern, Hessen, Vorarlberg und der Schweiz

sind vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhandlung, Neuenbürg

Inh.: D. Strom.

Farren-Verkauf.

Die **Gemeinde Loffenau** verkauft **zwei** zum Sprung nicht geeignete, fette

Farren

im Submissionsweg an den Meistbietenden. Angebote auf Lebendgewicht sind bis **spätestens 11. ds. Mts.** beim Schultheißenamt schriftlich einzureichen.

Loffenau, den 4. November 1922.

Gemeinderat.

Stadtgemeinde Calw.

Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt

am Mittwoch, den 8. Nov. 1922.

Gesundheits- und Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Calw, den 3. November 1922.

Stadtschultheißenamt. Göhner.

Konsum- und Sparverein

Neuenbürg u. Umg.

(Bezirks-Konsumverein.)

Der Not der Zeit gehorchend, die die Mark immer mehr entwertet, müssen wir die

Geschäfts-Anteile

unserer Mitglieder auf das vom Verband württ. Konsumvereine vorgeschlagene **Mindestmaß von 2000 Mark erhöhen.** Diese Erhöhung wird der im Dezember 22 stattfindenden ordentlichen Generalversammlung zur Genehmigung vorgeschlagen. Einstweilen bitten wir unsere Mitglieder, den erhöhten Betrag möglichst umgehend in Neuenbürg an unsere Kasse, in den Filialen an unsere Vertrauensleute abzuführen. Die Erhöhung wird mit 5% verzinst.

Die Verwaltung.

Dobel, den 4. November 1922.

Danksagung.

Für die überaus wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres treubesorgten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Schwagers und Onkels

Wilhelm Treiber

sagen innigen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw